

Kein Krankengeld, weil Krankschreibung nicht angekommen?

Haben Sie Geld verloren, weil Ihre Krankenkasse behauptet, sie habe ein Dokument nicht erhalten? Nur das ‚Einschreiben mit Rückschein‘ beweist, dass Ihre Sendung auch angekommen ist.



© David Mao on Unsplash

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

1. Immer wieder verlieren Verbraucher Geld, weil ihre Krankenkasse behauptet, sie habe ein wichtiges Dokument nicht per Post erhalten.
2. Oft handelt es sich um die Auszahlung von Krankengeld oder um die Bemessung des

Krankenkassenbeitrags.

3. Die Verbraucherzentrale rät dazu, wichtige Dokumente an die Krankenkasse nur per Einschreiben mit Rückschein zu verschicken oder sie persönlich in einer Geschäftsstelle abzugeben.

Stand: 22.12.2017

Immer wieder melden sich in unserer Patientenberatung Menschen, die viel Geld verloren haben, weil ihre Krankenkasse behauptet, sie habe ein Dokument nicht erhalten, das die Voraussetzung gewesen wäre für die Auszahlung von Krankengeld oder für die Bemessung ihres Beitrags. Die Versicherten sind sich jedoch sicher, das Dokument abgeschickt zu haben. Leider nur mit der normalen Post, so dass sie nichts beweisen können. Zwei Beispiele:

Herr B. erkrankt schwer und sein Arzt schreibt ihn für drei Monate krank. Die gelben Zettel mit der Meldung für die Krankenkasse schickt er mit der normalen Post. Alle zwei Wochen schickt er weitere Folgebescheinigungen. Nach Ablauf der Lohnfortzahlung fällt ihm auf, dass er kein Krankengeld erhalten hat. Als er nachhakt, teilt ihm seine Krankenkasse mit, sie habe die Krankmeldungen nicht erhalten. Herr B. kann sich das nicht erklären, er kann aber auch nichts beweisen. Er droht ganz aus dem Krankengeldbezug herauszufallen, denn der geht nur weiter, wenn der Kranke sich lückenlos krankschreiben lässt und der Krankenkasse den gelben Zettel innerhalb einer Woche zusendet.

Herr I. ist verärgert über das Verhalten seiner Kasse: Als Rentner hat er Einkünfte von 1.400 Euro monatlich. Seine Kasse buchte ihm auf einmal mehr als 630 Euro Krankenkassenbeitrag ab – fast das Dreifache seines sonstigen Beitrags. Herr I. ist als Rentner freiwillig versichert und muss seiner Krankenkasse einmal jährlich seine aktuellen Einkünfte offenlegen. Damit gab es in den letzten Jahren nie ein Problem. Jetzt behauptete seine Kasse, diesen Fragebogen nicht erhalten zu haben, und

schickte ihm eine Mahnung. Er schickte ihr nochmal eine Kopie des ausgefüllten Fragebogens. Doch auch dieses Schreiben kam nach Auskunft der Krankenkasse nicht an. Ohne weitere Vorwarnung zieht die Kasse Herrn I. im Folgemonat den zulässigen Höchstbetrag in Höhe von 630 Euro ab. Rechtlich ist das sogar richtig so (Einheitliche Grundsätze zur Beitragsbemessung freiwilliger Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung vom 10.12.2014 des GKV-Spitzenverbandes, § 6 Abs. 5), denn Herr I. kann nicht beweisen, dass er den Fragebogen (sogar schon zweimal) abgeschickt hat.

Finanzielle Einbußen durch Postzustellung?

Herr B. und Herr I. haben erhebliche finanzielle Einbußen zu verkraften, weil sie sich auf die Zusendung per Post verlassen haben. Sie werden nicht nachweisen können, dass ihre Post die Krankenkasse auch erreicht hat.

Die beiden Herren sind nicht allein – Patienten berichten immer wieder, wichtige Unterlagen per Post abgeschickt zu haben, die die Krankenkassen nicht erhalten haben wollen und daher Leistungen verweigern oder Beiträge auf den Höchstsatz heraufstufen. Dann entstehen schnell enorme Beitragsrückstände.

Auffallend ist, dass solche Beschwerden uns erst erreichen, seitdem die Kassen zunehmend unter Wettbewerbsdruck geraten sind. Es könnte also sein, dass Kassen versuchen, Leistungen und damit Geld einzusparen. Möglich wäre aber auch, dass die Post unzuverlässiger geworden ist oder es bei der Verteilung der Sendungen in den Krankenkassen zu Unregelmäßigkeiten kommt. In einem Fall tauchte das gesuchte Schreiben bei der Kasse nach Monaten dann doch wieder auf.

Wir haben den GKV-Spitzenverband gefragt, wozu er den Versicherten seiner Krankenkassen rät. Auch er empfiehlt Versicherten, „in der Bedeutung des Sachverhaltes angemessenes Verfahren der Übermittlung zu wählen“, beispielsweise die persönliche Übergabe und sicherheitshalber „eine Absicherung durch den zusätzlichen Versand per E-Mail oder Fax“. Auch die Mitgliederbereiche in den Online-Portalen vieler Krankenkassen könnten für eine sichere Übermittlung genutzt werden.

UNSER RAT

Ihre rechtliche Position als Patient ist leider schwach: Sie müssen beweisen, dass Ihre Briefe bei der Krankenkasse eingegangen sind. Diesen Beweis können Sie bei einfachen Postsendungen aber nicht führen.

Wir raten Ihnen, wichtige Dokumente nur per **Einschreiben mit Rückschein** an Ihre Krankenkasse zu senden – und den Rückschein gut aufzubewahren. Nur dann können Sie beweisen, dass die Sendung auch angekommen ist. Mit einem einfachen Einwurf-Einschreiben können Sie nur nachweisen, dass Sie etwas abgeschickt haben. Noch weniger Beweiskraft haben Fax-Protokolle und E-Mails.

Preiswerter ist es, die Unterlagen in einer Geschäftsstelle Ihrer Krankenkasse abzugeben – entweder persönlich oder über eine dritte Person – und sich den Empfang schriftlich bestätigen zu lassen. Das geht natürlich nur, wenn Ihre Krankenkasse eine erreichbare Geschäftsstelle hat.

© Verbraucherzentrale Hamburg e. V.

<https://www.vzhh.de/themen/gesundheit-patientenschutz/krankenkasse-krankenversicherung/kein-krankengeld-weil-krankschreibung-nicht-angekommen>